

Beschlussvorlage

zur Behandlung im: **Ausschuss für Kultur, Integration und Gleichstellung**

Vorberatung im: -----

Betreff: Gedenken an die Mitglieder des Gemeinderats, die 1933 ihr Mandat verloren

Bezug: Vorlagen 520/2008 und 520a/2008

Beschlussantrag:

Im Rathaus, Am Markt 1, wird eine Gedenktafel zur Erinnerung an die Gemeinderäte angebracht, die infolge der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 ihr Mandat verloren.

Finanzielle Auswirkungen		Jahr:	Folgej.:
Investitionskosten:	€ 1000.-	€	€
bei HHStelle veranschlagt:	1.3650.5830.000		
Aufwand / Ertrag jährlich	€	ab:	

Ziel:

Die Tafel soll am Ort des Geschehens daran erinnern, dass die Nationalsozialisten 1933 brachial die kommunale Demokratie auch in Tübingen beendeten und die gewählten Gemeinderäte aus ihren Ämtern vertrieben. Sie soll ihnen ein ehrendes Andenken bewahren und künftige Generationen vor dem Verlust der Demokratie warnen.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Die SPD-Fraktion des Gemeinderats hat den Antrag gestellt (Vorlage 520/2008), im Rathaus eine Tafel für die Gemeinderäte anbringen zu lassen, die infolge der Machtergreifung der Nationalsozialisten ihr Mandat verloren.

2. Sachstand

Nach einer Untersuchung des Stadtarchivs haben 24 Mitglieder des Gemeinderats 1933/34 ihr Mandat auf Grund der Machtergreifung der Nationalsozialisten verloren. Dazu gehören die Abgeordneten der CSVD, DDP, DNVP, DVP, KPD, SPD und des Zentrums. Von mindestens zwei Abgeordneten der DNVP ist bekannt, dass sie später zur NSDAP übertraten und wieder in den Gemeinderat einrückten.

Grundsätzlich gilt, dass über die Biographien der Tübinger Gemeinderäte nur wenig bekannt ist. Von ihrer namentlichen Nennung auf einer Erinnerungstafel ist ohne eine eingehende Untersuchung ihrer Biographien dringend abzuraten. Es besteht die Gefahr, dass es später zu unliebsamen Entdeckungen in ihren Lebensläufen kommen wird.

3. Vorschlag der Verwaltung

Der Fachbereich Kultur formuliert im Benehmen mit Vertretern der Fraktionen einen Text für die Gedenktafel, der mit externen Fachleuten abgestimmt und vom Gemeinderat beschlossen wird. Auf die Nennung aller Namen wird verzichtet. Stellvertretend soll lediglich das Schicksal des jüdischen Rechtsanwaltes und Gemeinderats Simon Hayum angeführt werden.

4. Lösungsvarianten

- a. Auf die Anbringung einer Tafel wird ganz verzichtet.
- b. Die Tafel soll alle Gemeinderäte namentlich nennen. Das Stadtarchiv wird hierfür mit der Untersuchung von 24 Einzelbiografien und der Abfassung eines Manuskripts über die Machtergreifung in Tübingen beauftragt. Hierfür ist die Einrichtung einer wissenschaftlichen Stelle auf ein halbes Jahr erforderlich.

5. Finanzielle Auswirkungen

Einmalige Kosten für die Herstellung und Anbringung der Tafel 1.000€ aus der HHStelle 1.3650.5830.000.